



## Hintergründe des Irankonfliktes

Der Friedenskreis informierte auf einer Veranstaltung

**Am 10.2.2006 hatte der Friedenskreis zusammen mit der Volkshochschule zu einem Informationsabend über die Hintergründe des Irankonfliktes geladen. 47 Teilnehmer verfolgten interessiert die Ausführungen von Mohssen Massarat, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück und gebürtiger Iraner.**

Die Hintergründe des Irankonfliktes reichen zurück bis in die Ölkrise, als die westlichen Staaten auf Mittel und Wegsannen, die teuer bezahlten OPEC-Dollars wieder in ihren Wirtschaftskreislauf zu integrieren. Damals wurde nicht nur das Schah-Regime im Iran aufgerüstet, auch den Nachbarn im Irak, Saudi-Arabien und den Vereinigten Emiraten wurden Waffen verkauft, was den späteren Iran-Irak-Krieg erst möglich machte. Darüberhinaus wurde dem Schah durch die USA und europäische Staaten die Nützlichkeit eines Atomprogrammes nahegelegt, das ab 1975 auch mithilfe der deutschen Firma Siemens aufgebaut werden sollte. Die erforderlichen Ingenieure und Wissenschaftler wurden in den USA und Deutschland ausgebildet. Obwohl dieses Atomprogramm unter der Herrschaft von Ayatollah Khomeini zunächst gestoppt wurde, bildet diese Gruppe von circa 4000 Ingenieuren und Wissenschaftlern noch heute eine starke Basis für die Fürsprecher einer Wiederaufnahme des Atomprogrammes. Ein weiterer Anstoß zur erneuten Hinwendung zur Atomtechnologie war die Erfahrung des Iran-Irak-Krieges mit dem Einsatz von chemischen Waffen durch den Irak.

Seit den 80er Jahren wurde das Atomprogramm wieder aufgenommen mit dem Ziel, 20 AKW mit eigenständigem Brennstoffkreislauf zu errichten. Dabei war den USA seit 6 Jahren bekannt, dass zwischen dem Iran und Pakistan eine Kooperation bestand, aber erst vor drei Jahren wurde sie plötzlich als neue Entdeckung der Geheimdienste verkauft. Seither dient die "Verhinderung einer weiteren Ausdehnung der Atomwaffen" als Vorwand für eine zunehmende Eskalation. Dass es dabei nicht wirklich um die Verhinderung weiterer Atomwaffen geht, zeigt die Haltung ge-

genüber Indien und Pakistan, die an dem Aufbau einer Atomstreitmacht nicht gehindert wurden.

Welches sind also die wirklichen Hintergründe für diese Eskalation bis zur Drohung eines Luftkrieges, für den bereits ausgearbeitete Pläne vorliegen ein-



*Rund 50 Teilnehmer kamen zur Diskussionsveranstaltung von Friedenskreis und VHS.*

schließlich des Einsatzes von atomaren Mini-Nukes? (500 Mini-Nukes wurden sogar bereits an Israel ausgeliefert.)?

- Auf militärischem Gebiet soll Israel die atomare Vormachtstellung im Nahen Osten behalten.
- Mit der Besetzung Afghanistans und Iraks wurden die lokalen Hauptfeinde des Iran ausgeschaltet. Jetzt soll verhindert werden, dass der Iran sich zu einer regionalen Mittelmacht entwickelt. Die Ausschaltung seiner militärischen Anlagen unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Atomwaffentechnologie bie-

tet dazu ein willkommenes Mittel.

- Möglicherweise erhoffen sich die westlichen Staaten auch einen Regimewechsel im Gefolge einer sozial desolaten Kriegssituation.
- Auf jeden Fall sollen gegenüber allen anderen Schwellenländern Fakten geschaffen werden in Bezug auf den Atomwaffensperrvertrag. Er garantiert allen Ländern ein Völkerrecht auf Urananreicherung. Dies widerspricht inzwischen dem wachsenden Hegemonialanspruch der USA und der westlichen Staaten auf das atomare Monopol, so dass exemplarisch am Iran eine neue Auslegung des Atomwaffensperrvertra-

ges durchgesetzt werden soll: nur die Atomstaaten sollen das Recht auf Uran-

**Auge um Aug führt  
nur dazu, dass die  
ganze Welt  
erblindet.**

Mahatma Gandhi

# Ostermarsch Ruhr

Auch dieses Jahr findet er wieder statt der Ostermarsch Ruhr. Wer bisher mit seinem Unbehagen über die zunehmende Tendenz, Konflikte militärisch auszutragen, überwiegend allein zu Hause gesessen hat, hat nun wieder Gelegenheit, seinen Osterspaziergang auf mindestens einer der Etappen mit dem gemeinsamen Appell an die Bundesregierung zu verbinden:

## Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!

### Für Frieden, Abrüstung und Demokratie

Wir brauchen eine vorausschauende Friedenspolitik, die weltweit auf Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet ist. Die Versuche, die Probleme der Welt militärisch zu lösen, sind Opferreich gescheitert. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein! Die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt muß ausgeschlossen werden. Gerade das bezweckt das Gewaltverbot der UN-Charta. Es ist unglaublich und menschenverachtend, wenn einzelne Staaten mit vorgeblicher Terrorbekämpfung politische Ziele verfolgen. Bewusst wird viel größeres Leid in Kauf genommen als durch Terror geschehen ist. Krieg selbst ist Terror!

Statt Frieden und Abrüstung zu wagen, verfolgt die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel, Deutschland zu einer Militärmacht aufzurüsten, die zu weltweiten Einsätzen fähig ist. Der außen- und sicherheitspolitische Kurs wird durch die Formulierung von Einsatzziele außerhalb des NATO-Bereichs und Milliarden schwere Rüstungsprojekte für Auslandseinsätze der Bundeswehr verschärft. Unser Land braucht Abrüstung statt Sozialabbau!

Die Bundesregierung versucht mit verfassungsändernder Mehrheit durchzudrücken, dass die Bundeswehr für Gewaltanwendung im Inneren zuständig gemacht werden kann. Der Innenminister beharrt darauf, dass im sogenannten

Kampf gegen den Terror Informationen sogar dann verwendet werden dürfen, wenn sie durch Folter beschafft wurden.

Wir lehnen einen EU-Verfassungsentwurf weiterhin ab, der zur Aufrüstung verpflichtet, weltweit militärische Interventionen rechtfertigt und eine neoliberale Politik festschreibt.

Diese neoliberale Politik führt zum Abbau sozialer und demokratischer Rechte, Massenarbeitslosigkeit und Armut. Wir brauchen keine Neubelebung dieses Entwurfs durch unsere Politiker. Wir brauchen ein friedliches, demokratisches und sozial gerechtes Europa.

Während dem Iran wegen seines angeblichen Strebens nach atomarer Bewaffnung gedroht wird, besitzen die Atomkräfte nach wie vor über 16.000 Atomsprenköpfe.

Solange Atomwaffen existieren, lässt sich weder ihre Weiterverbreitung noch ein Einsatz wirksam verhindern. Deutschland hat mit der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages freiwillig auf Atomwaffen verzichtet und dies im 2+4 Vertrag noch einmal bekräftigt. Mehr als 15 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges ist Deutschland immer noch nicht atomwaffenfrei. Amerikanische Atomsprenköpfe lagern in Büchel und Ramstein.

Wir fordern:

- Abrüstung und Schaffung wirksamer Instrumente zur zivilen Konfliktlösung
- Faire und gleichberechtigte Wirtschaftsbeziehungen weltweit
- Sofortiger Rückzug der deutschen Truppen von allen Auslandseinsätzen
- Stopp aller militärischen Modernisierungsprojekte
- Verwendung freiwerdender Rüstungsgelder für soziale Aufgaben
- Vollständiger Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- Eine diplomatische Lösung des Iran-Konflikts auf Grundlage des Völkerrechts
- Einstellung der Kriegsvorbereitungen gegen den Iran
- Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren und keine Legalisierung der Folter

## Ostermarschetappen:

1. Tag: Duisburg-Düsseldorf, Auftaktkundgebung: 10.30-12 Uhr, Kuhthor/Kuhlenwall, anschl. Demo durch die Stadt; Zwischenkundgebung: Averdunkplatz, Abschluß: Hauptbahnhof Duisburg



2. Tag: Fahrradcorso, Auftaktkundgebung: 10 Uhr, Willy Brandt Platz, Zwischenkundgebung(en): GE, 11.30 Uhr, Stadtgarten am Ehrenmal; Wattenscheid, 13 Uhr, Friedenskirche/August-Bebel-Platz; Herne, 14.30 Uhr, Kreuzkirche; Bochum Gerthe, 15.15 Uhr, Wohnprojekt; Abschlußveranstaltung: Bochum-Langendreer, 16 Uhr, Bahnhof Langendreer



3. Tag: Demonstrationzug von Bochum-Werne nach Dortmund, Auftaktgottesdienst: 10 Uhr, Ev. Kirche Werne Markt; Auftaktkundgebung: 11 Uhr, Bochum Werne, Brühmann Haus, anschl. Demozug nach Dortmund, Abschluß: mit Friedensfest, 16 Uhr, Wichernhaus, Stollenstr. (bis 20 Uhr)

Der Deal mit den U-Booten:

## Regierung verschenkt 333 Mio. Euro, nicht nur an Israel

**Die alte rotgrüne Bundesregierung beschloss am 21.11.2005 noch schnell ein Regierungsabkommen mit Israel über die Lieferung von zwei weiteren U-Booten. Etwa eine Milliarde Euro sollen die Boote kosten. Das gibt der israelische Verteidigungshaushalt heute genauso wenig her wie vor 6 Jahren, als die ersten drei U-Boote der Dolphin-Klasse nach Israel geliefert wurden. Damals zahlten die deutschen Steuerzahler rund zwei Drittel der Kosten. Nun hat auch die neue Bundesregierung dieses Abkommen bestätigt und will diesmal ein Drittel der gesamten Kosten bis zu einer Höhe von 333 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt bezahlen.**

Dieser versprochenen Rüstungshilfe für Israel muss der Bundestag allerdings noch zustimmen. Sie wird im Haushaltsplan zu finden sein im "Einzelplan 60 für besondere Projekte, die aus dem gesamten Bundeshaushalt finanziert werden". Dort wird der 333-Millionen-Euro-Posten unter dem korrekten, aber wenig aussagekräftigen Titel "Deutsch-Israelisches Regierungsabkommen" auftauchen, nicht etwa als "Zuschuss an Thyssen-HDW zum Verkauf von U-Booten an Israel".

### U-Boote für Israel - Sanktionen für den Iran

Sonst könnte es ja passieren, dass der eine oder andere Abgeordnete doch darüber ins Grübeln gerät, dass ausgerechnet in einer Situation, in der sich Israel und der Iran gegenseitige Angriffe angeht, maßgebliche Rüstungsgüter in Spannungsgebiete geliefert werden sollen. In den "politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 19. Januar 2000 verpflichtet sich die Bundesregierung, keine Rüstungsexporte in Länder zu genehmigen, "in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht" oder auch nur "bestehende Spannungen und Konflikte aufrechterhalten oder verschärft würden". Der Verstoß gegen diese Grundsätze liegt auf der Hand.

### Wohin steuert der U-Boot-Deal?

Darüber hinaus verpflichten die "politischen Grundsätze" die Bundesregierung dazu, das "Verhalten des Empfängerlandes" auch im Hinblick auf Rüstungskontrollabkommen wie den Atomwaffensperrvertrag zu berücksichtigen. Israel ist dem Atomwaffensperrvertrag niemals beigetreten und es gilt als sicher, dass das Land - derzeit als einziger Staat im Nahen Osten - atomar bewaffnet ist.

Wie schon 1999 und 2000 bestätigte das Bundesverteidigungsministerium auch jetzt den ausdrücklichen wie ungewöhnlichen Wunsch Israels nach unterschiedlich großen Torpedorohren: die Howaldtwerke-Deutsche Werft GmbH werde nicht nur die weltweit üblichen Rohre mit einem Durchmesser von 533 mm einbauen, sondern auch 650-mm-Kaliber. Lapidare Stellungnahme aus dem Verteidigungsministerium 1999: "Die Gründe für die Ausrüstung der U-

Boote der "Dolphin"-Klasse mit 650 Millimeter-Rohren mit Führungsschienen für den Verschuss von Sub-Harpoon-Flugkörpern sind der Bundesregierung nicht bekannt." (SPIEGEL ONLINE - 14. Oktober 2003)

Dagen betonte Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit, die Rohre passten exakt zu Marschflugkörpern aus sowjetischer und russischer Produktion. "Für 650mm-Kaliber gibt es keine sinnvolle Verwendung außer, wenn man damit Marschflugkörper aus der sowjetisch-russischen Produktion oder Nachbildungen nutzen wollte." Im Jahre

schen Ozean kreuzen und damit ihr Drohpotenzial gegenüber dem Iran wirkungsvoll verstärken. Trotzdem weist Rüstungsstaatssekretär Eickenboom in altbekannter Manier auch jetzt wieder Befürchtungen zurück, Israel könnte die U-Boote so umbauen, dass der Abschuss von Atomwaffen möglich ist: Die Bundesregierung habe zu dieser Vermutung keinen Anlass.

Wer allerdings dem Iran mit Sanktionen droht wegen eines potentiellen Atomwaffenprogramms, obwohl die internationale Atomenergiebehörde I.A.E.A. gegenwärtig keinen Anhalt dafür hat, sollte zumindest dieselben Maßstäbe an den regionalen Kontrahenten anlegen und auf den Verkauf der U-Boote verzichten, um sich nicht doch der Beihilfe zur völkerrechtlich verbotenen Verbreitung von Atomwaffen schuldig zu machen.

### 333 Mio. für Thyssen-HDW

Das wäre allerdings ein Verzicht auf weit mehr als den Verkauf von 2 U-Booten. Nach den Worten von Rüstungsstaatssekretär Eickenboom ist es aus industriepolitischer Sicht nicht zu unterschätzen, dass Israel die deutsche Industrie zu ihrem alleinigen Partner



*"Nur bei friedenserhaltender Bombardierung benutzen"*

2000 soll Israel vor Sri Lanka auch bereits Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 1000 und 1500 km getestet haben. Das weist darauf hin, dass Israel eine umfassende nukleare Abschreckungsstrategie verfolge und dabei neben landgestützten Atomwaffen an einem schlechter zu ordnenden und damit weniger verletzlichen seegestützten Potenzial interessiert sei.

Die neuen U-Boote sollen mit einem neuartigen von der Außenluft unabhängigen Brennstoffzellenantrieb aus deutscher Entwicklung ausgestattet werden. Damit können U-Boote viel weiter fahren, deutlich länger tauchen und sind erheblich schwerer zu entdecken als konventionell angetriebene Diesel-U-Boote. Die israelische Marine könnte damit im Arabischen Meer und im Indi-

auserkoren habe und Thyssen-HDW sich mit diesem Auftrag abermals als Weltmarktführer beweisen könne. Ein erfolgreicher U-Boot-Export erlaube es dem deutschen Konzern, auf dem Weg zu einem europäischen Werftenverbund eine wichtige Rolle zu beanspruchen. Die 333 Millionen Euro aus unseren Steuermitteln sind also nicht nur ein Geschenk an Israel. Die Mißachtung von Rüstungskontrollabkommen dient gleichzeitig als Subvention an Thyssen-HDW im Kampf um den Führungsanspruch der deutschen Rüstungsindustrie. Zum Vergleich: Der Beitrag Deutschlands an den Globalen Fond gegen Malaria, Tuberkulose und Aids, der noch von der alten Regierung abgelehnt wurde, betrug nur ein Drittel dieser Summe, nämlich 100 Millionen Euro.

Weltmeisterschaft als Alibi

## Das Spielfeld hinter den Kulissen der großen Stadien

**Die Fußball-Weltmeisterschaft verspricht ganz neue Einsatz-Taktiken. Wer dabei aber an die Nationalspieler auf dem Spielfeld denkt, hat weit gefehlt. Es geht schon im Vorfeld nur ums Umfeld. Das soll zum Tummelplatz für Militär und Rüstungsindustrie werden. Nach den Vorstellungen des Innenministers Wolfgang Schäuble soll die Bundeswehr den Einsatz im Innern proben. Der Rüstungskonzern EADS liefert, probt und kassiert für die dazugehörige Technik, z.B. ein neues Luftraumüberwachungssystem.**

### Bundeswehr im zivilen Luftraum

Nicht nur an grundgesetzwidrige Bundeswehreinätze in aller Welt sollen wir uns gewöhnen, nun ist auch der Einsatz im Innern an der Reihe. Als erstes soll das Luftsicherheitsgesetz, das am 15.1.2005 in Kraft getreten ist, weit reichende Vollmachten für den Eingriff in den zivilen Luftverkehr gewährleisten - bis hin zum Abschuss von Passagiermaschinen. Obwohl das Bundesverfassungsgericht am 15.2.2006 entschieden hat, dass § 14 Absatz 3 gegen das Grundrecht auf Leben und gegen die Menschenwürde verstößt und deshalb verfassungswidrig ist, wird es bereits umgesetzt:

### Nationales Lage- und Führungszentrum

In Kalkar richtete die Bundeswehr dazu ein "Nationales Lage- und Führungszentrum" ein. Dort beobachten schon heute Luftwaffe, Bundesgrenzschutz und die zivile Flugsicherung gemeinsam den Flugverkehr über Deutschland. Wird der Funkkontakt zu einer Maschine unterbrochen oder weicht diese vom vorgegebenen Kurs ab, nehmen Abfangjäger der Luftwaffe das verdächtige Flugzeug ins Visier ihrer scharfen "Sidewinder"-Raketen, um gegebenenfalls

auf Befehl des Generalinspektors der Luftwaffe Warnschüsse abzugeben, das anvisierte Flugzeug abzurängen und zur Landung zu zwingen. Oder es auf Befehl des Verteidigungsministers abzuschießen?

Mit Hilfe von EADS soll nun die Erkennung eines feindlichen Flugzeugs pünktlich zur WM deutlich erleichtert werden. Dieser Rüstungskonzern soll sechs Radarsysteme der deutschen Luftwaffe mit modernsten Identifizierungsgeräten zur Erkennung feindlicher Flugzeuge ausrüsten. Die Bekämpfung der als feindlich eingestuften Flugzeuge soll dann vom Boden aus optimal koordiniert werden, auch das mit Hilfe von EADS. Speziell für diesen Zweck wurde das Waffeneinsatzsystem SAMOC (Surface-to-Air Missile Operations Centre) entwickelt und beim Luftwaffengeschwader "Mecklenburg-Vorpommern" in Bad Sülze auch bereits im Einsatz. Der Gewinn des Konzerns und das entsprechende Loch im Bundeshaushalt ist gewiss, die Wirksamkeit gegen Terroranschläge ungewiss, denn kein Abwehrsystem kann unter den Bedingungen zunehmender Ungerechtigkeit in der Welt einen sicheren Schutz gegen terroristische Anschläge bieten.



### Die WM: Generalprobe für "Homeland Security"?

Dem Einsatz der Luftwaffe im zivilen Luftraum soll jetzt der Einsatz von Bodentruppen im zivilen Bereich folgen. Die WM ist nur der Probelauf für die Aufgabe der strikten Trennung zwischen den Aufgaben der Bundeswehr und der Polizei. Wozu sollte sonst ein digitales Sprach- und Datenfunknetz zur Koordination der deutschen Sicherheitsbehörden aufgebaut werden? Militär, Polizei, Geheimdienste und zivile Organisationen wie Feuerwehr etc. sollen für 3,5 Milliarden Euro vernetzt werden. Eine Hälfte davon soll die Deutsche-Bahn-Tochter DB Telematik für den Netzbetrieb erhalten, die andere Hälfte will sich EADS gemeinsam mit dem Siemens-Konzern für den Netzaufbau sichern.

Dieses Funknetz soll den Kern eines neuen, umfassenden Überwachungssystems bilden. Das Funknetz müsse als Teil eines "umfassenden Angebotes an Homeland Security" gesehen werden, erklärte der Präsident der neu geschaffenen Abteilung EADS Secure Networks kürzlich. Er skizzierte dabei das Modell eines Systems, in dem zahlreiche Sensoren zu Land, See und Luft Daten über internationale Kriminalität, über "asymmetrische Bedrohungen (Terrorismus)" und über sich ankündigende Naturkatastrophen sammeln und in große Datenbanken stellen sollen. Auch die Einbeziehung nachrichtendienstlicher Quellen ist geplant. "Big Brother" ist kein Medienereignis mehr, hinter dem Rummel um die WM tut er die ersten Schritte in die Realität.

### Kopf hoch im Friedenskreis Castrop-Rauxel

Wir treffen uns regelmäßig im Gemeindehaus der Evangelischen Gemeinde Habinghorst  
Wartburgstraße 115

Die aktuellen Termine finden Sie auf unserer Website unter

[www.friedenskreis-castrop-rauxel.de](http://www.friedenskreis-castrop-rauxel.de)

Kontakt:  
Friedenskreis Castrop-Rauxel,  
c/o Leonore Schröder,

Tel: 02367/8744  
E-Mail:  
[fjl@friedenskreis-castrop-rauxel.de](mailto:fjl@friedenskreis-castrop-rauxel.de)